

(A) **Bettina Hagedorn** (SPD):

Herr Minister, ich möchte Ihnen gerne eine Frage stellen – nicht nur um Ihre Redezeit zu verlängern, sondern vor allen Dingen deshalb, weil Sie es in Ihren Ausführungen leider versäumt haben, auf die sehr konkrete Ansprache meines Kollegen Johannes Kahrs einzugehen. Dabei geht es um die **Lotsenboote**. Die *Kieler Nachrichten* haben vor vier Tagen getitelt: „Zu viel gespart: Kein Geld mehr für Lotsenboote“. Nun könnte ja jemand glauben, da sollten Boote angeschafft werden. Das ist allerdings nicht das Problem. Ich rede vom Nord-Ostsee-Kanal. Das ist die meistbefahrene Wasserstraße der Welt. Sie ist von enormer wirtschaftlicher Bedeutung für uns, nicht nur für Norddeutschland. Dort arbeiten beim Lotsenbetriebsverein 220 Mitarbeiter. Die haben nur noch über das letzte Wochenende Geld zur Verfügung gehabt, weil in Ihrem Etat für 2010 statt 31 Millionen Euro nur noch 19 Millionen Euro zur Verfügung gestanden haben und weil ganz offensichtlich niemand in Ihrem Haus und auch nicht in der Koalition rechtzeitig auf den Gedanken gekommen ist, dass sie ihre wichtige Arbeit nicht mehr tun können, wenn der Topf leer ist.

Wenn noch nicht einmal mehr der Sprit da ist, damit die Schiffe überhaupt ablegen können, dann ist Gefahr im Verzug. Es ist eigentlich bedauerlich, dass Sie dazu bisher noch nichts gesagt haben; aber ich finde es doch wichtig, dass Sie jetzt noch mal Gelegenheit dazu haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

(B)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Herr Minister, wollen Sie antworten? – Ja.

Dr. Peter Ramsauer, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Frau Präsidentin, die Antwort fällt kürzer aus als die Frage.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Habe ich befürchtet!)

Frau Kollegin Hagedorn, der angesprochene Titel für den Betrieb und die Unterhaltung von Lotseneinrichtungen ist weder im Jahr 2010 noch für den Haushalt 2011 gekürzt worden. Deshalb sind die in dem besagten Artikel genannten Zahlen auch für mein Haus nicht nachvollziehbar. Unstreitig ist allerdings, dass die Mittel für Ausgaben in diesem Jahr möglicherweise nicht ausreichen werden. Die kritische Situation ist entstanden, weil gegenseitige Deckungsmöglichkeiten nicht mehr gewährt werden konnten. Ich lade alle Mitglieder des Haushaltsausschusses – und mithin auch Sie – dazu ein, diese Flexibilitäten gegebenenfalls neu zu schaffen.

Gerda Hasselfeldt (CDU/CSU):

Nun hat der Kollege Florian Pronold für die SPD-Fraktion das Wort.

Florian Pronold (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrter Minister Ramsauer! Dem letzten Satz Ihrer Rede kann ich zustimmen. Wenn hier vonseiten der Regierung vernünftige Politik gemacht wird, stimmt auch die Opposition zu – aber nur, wenn vernünftige Politik gemacht wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das, was Sie im Bereich Städtebauförderung und „Soziale Stadt“ machen, ist unvernünftig. Das haben Ihnen alle Länderbauminister in einem einstimmigen Beschluss der Länderbauministerkonferenz dokumentiert. Sie haben gefordert, dass die **Städtebauförderung** auf demselben Niveau fortgeführt wird.

(Zuruf von der FDP)

Jetzt lassen Sie uns in der Haushaltsdebatte einmal nicht so sehr über Zahlen reden, sondern vielmehr über Menschen. Ich habe mir im Sommer dieses Jahres, Frau Kollegin Winterstein, einmal die Mühe gemacht, eine ganze Reihe von Projekten aus dem **Programm „Soziale Stadt“** vor Ort zu besuchen und zu schauen, wofür das Geld dort ausgegeben wird und was dort für die Menschen gemacht wird.

Ich war zum Beispiel in Weiden. Dort gibt es ein Projekt, durch das ein Glasscherbenviertel, wie man bei uns sagt, in die Stadtgesellschaft zurückgeholt worden ist. Dort wurde nicht nur die wohnliche Situation verbessert, sondern man ist auch auf den Gedanken gekommen, dass Leute, die sich mit einer Adresse aus diesem Viertel bei Firmen bewerben, nicht eingeladen werden, weil das Viertel so verrufen war, dass die Firmen die Bewerbungen sofort zurückgeschickt haben. Eine Maßnahme war also, auch mit den Firmen zu sprechen. Das führte dazu, dass die Jugendarbeitslosigkeit in diesem Viertel ganz massiv zurückgegangen ist.

In Dingolfing, in meinem Wahlkreis, hat das Programm „Soziale Stadt“ bewirkt, dass nicht mehr 60 Prozent der Schüler aus der Projektgegend einen Hauptschulabschluss machen, sondern mittlerweile 60 Prozent einen Realschulabschluss. All das gelang, weil man sich konkret um die Menschen kümmerte, weil man mit diesem Programm nicht nur in Beton, sondern auch in das soziale Zusammenleben investiert hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der
LINKEN)

Das ist das Entscheidende beim Programm „Soziale Stadt“. Genau hier setzen Sie aus ideologischen Gründen den Rotstift an.

(Patrick Döring [FDP]: All das können doch die Länder und Kommunen machen!)

Herr Minister, ich hätte mir gewünscht, dass Sie heute ein paar Ausführungen zu den Ankündigungen gemacht hätten, die Sie in den letzten Monaten hier in diesem Hohen Hause immer wieder getätigt haben, die sich allerdings in Ihrem Haushalt nicht widerspiegeln oder sogar

(C)

(D)